

Schluss mit Lustig! Gelingt einem Komiker der Neustart der ukrainischen Politik?

Klein, Eduard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klein, E. (2019). Schluss mit Lustig! Gelingt einem Komiker der Neustart der ukrainischen Politik? *Ukraine-Analysen*, 218, 2-5. <https://doi.org/10.31205/UA.218.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



www.laender-analysen.de/ukraine

AMTSANTRITT DES NEUEN PRÄSIDENTEN ERNEUERBARE ENERGIEN

■ ANALYSE		
Schluss mit Lustig! Gelingt einem Komiker der Neustart der ukrainischen Politik?	2	
Von Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)		
■ DOKUMENTATION		
Antrittsrede von Wolodymyr Selenskyj in der Werchowna Rada am 20.05.2019	5	
■ UMFRAGE		
Sonntagsfrage zu den Parlamentswahlen	7	
■ ANALYSE		
Die Förderung erneuerbarer Energien in der Ukraine	8	
Von Clemens Stiewe (BE Berlin Economics) und Elias Spiekermann (Berlin)		
■ GRAFIK ZUM TEXT		
Stromerzeugung in der Ukraine nach Energieträger	11	
■ UMFRAGE		
Umfragen zum Beitritt in die EU und in die NATO	12	
■ LESETIPP		
Nationale Geschichtspolitik, restriktive Sicherheit und illiberale Demokratie – die polnische Ostpolitik unter der PiS-Regierung (Polen-Analysen 237)	14	
■ CHRONIK		
13. – 27. Mai 2019	15	

Schluss mit Lustig! Gelingt einem Komiker der Neustart der ukrainischen Politik?

Von Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Zusammenfassung

Gleich nach seinem Amtsantritt machte der neue ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj klar: Er will seine TV-Rolle als volksnaher und energischer Präsident in die politische Realität übertragen. Seine Antrittsrede deutet darauf hin, dass er sich stärker auf die Lösung des Konflikts mit Russland konzentrieren will als auf die Bekämpfung der Korruption. Seine inklusive Rhetorik, mit der er explizit alle Ukrainerinnen und Ukrainer von Lwiw bis Luhansk ansprach, wurde in der Bevölkerung positiv aufgenommen. Um sich möglichst schnell eine fundierte Machtbasis im Parlament zu verschaffen, kündigte Selenskyj am Ende seiner Antrittsrede die Auflösung des Parlaments und vorgezogene Neuwahlen an – eine juristisch umstrittene Entscheidung, die ein politisches Erdbeben auslöste. Die brüskierten Parlamentarier zeigten umgehend, dass sie Selenskyj bis zu den Neuwahlen das Leben schwermachen werden und weigerten sich, das Wahlgesetz zu reformieren. Daher wird die vorgezogene Parlamentswahl, die auf den 21. Juli 2019 terminiert wurde, nach dem alten, vielfach kritisierten Wahlgesetz stattfinden. Kritik erntete Selenskyj für seine bisherige Personalpolitik.

Einleitung

So spektakulär der ukrainische Präsidentschaftswahlkampf 2019 und die Wahl selbst verliefen, so dramatisch waren auch die weiteren Entwicklungen im politischen Kiew. Noch vor Amtsantritt des neuen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, der im zweiten Wahlgang mit 73 Prozent der Stimmen ein historisches Ergebnis einfuhr, verdichteten sich die Anzeichen, dass der Comedian es durchaus ernst meint mit der Auflösung der Werchowna Rada und vorgezogenen Neuwahlen. Vorsorglich verließ die Regierungspartei »Volksfront« daher drei Tage vor der Amtseinführung die Koalition mit dem Block Petro Poroschenko. Politische Schwergewichte, darunter Außenminister Pawlo Klimkin, traten von ihren Posten zurück; der populäre Bürgermeister von Lwiw, Andrij Sadowyj, verkündete seine Ambitionen auf das Amt des Premierministers, und Swjatoslaw Wakartschuk, der größte Popstar des Landes, von dem viele erwartet hatten, dass er bereits zu den Präsidentschaftswahlen antreten würde, gab die Gründung seiner neuen Reformpartei »Holos« (Stimme) bekannt, mit der er ins Parlament einziehen will.

Die Amtseinführung von Selenskyj, um deren Datum in den letzten Wochen heftig gerungen wurde, da davon abhängt, ob der neue Präsident vorzeitig Parlamentswahlen ausrufen kann, fand schließlich am 20. Mai statt. Mit einem Nebensatz ganz am Ende seiner rhetorisch versierten und emotionalen Rede löste er das Parlament auf – und damit ein politisches Erdbeben aus: Premierminister Wolodymyr Hrojsman (der zuvor bereits angekündigt hatte, mit einer neuen politischen Kraft an den Parlamentswahlen teilzunehmen) reichte sein Rücktrittsgesuch (dem die Rada noch zustimmen muss) ein. Ihm folgten der zuletzt wegen eines Korrup-

tionsskandals unter Druck geratene Verteidigungsminister Stepan Poltorak, der Leiter der Sicherheitsdienstes Wassyl Hryzak und Oleksandr Turtschynow, der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates.

Selenskyjs Antrittsrede: Fokus auf Donbas, statt auf Korruptionsbekämpfung

Da die Inaugurationsrede der erste große Auftritt Selenskyjs als Präsident war, kann diese durchaus als programmatisch für seine politische Agenda betrachtet werden, die bisher recht unklar war. Auffällig ist, dass der Fokus seiner Ansprache eher auf dem Krieg im Donbas lag als auf der Korruptionsbekämpfung (obwohl Selenskyj nicht zuletzt wegen seines Images als entschlossener Bekämpfer der politischen Korruption gewählt wurde). Das Impeachment, von dem er im Wahlkampf noch betonte, es als allererste Amtshandlung einzuführen, erwähnte er mit keinem Wort. Selenskyj kündigte stattdessen an – ohne Russland namentlich zu erwähnen –, er werde »alles dafür tun«, um das Kämpfen und Sterben in der Ostukraine zu beenden, und bekräftigte, dass die Krim und der Donbas ukrainische Territorien seien. Er schob klar Russland die Verantwortung für den Krieg zu, indem er betonte, nicht die Ukraine habe ihn begonnen, sagte aber, dass es nun an der Ukraine sei, ihn zu beenden und übernahm damit die politische Verantwortung für die Lösung des Konflikts. Wenn Selenskyj in den kommenden Monaten keine nennenswerten Fortschritte bei den Friedensbemühungen erreichen wird, könnte er dafür ebenso wie sein Vorgänger Poroschenko abgestraft werden (dem unter anderem sein nicht eingelöstes Versprechen, den Krieg zu beenden, zum Verhängnis wurde).

Ob ein von Selenskyjs Team ins Gespräch gebrachtes Referendum über die Erzielung einer Einigung mit Russland wirklich zur Konfliktlösung beiträgt, ist zweifelhaft angesichts von Wladimir Putins jüngstem »Passdekret« und seiner wenig diplomatischen Weigerung, Selenskyj offiziell zum Amtsantritt zu gratulieren. Hinzu kommt die Tatsache, dass Selenskyj mit seinem Auftreten bei der Inauguration Putin geradezu provozierte: Seine Selfies mit jubelnden Menschen waren ein krasser Kontrast zu Putins menschenleeren Inaugurationsfahrten, und Selenskyjs Bemerkung, der Präsident sei keine Ikone und müsse daher nicht als Porträt in jeder Amtsstube hängen, kann ebenfalls als Seitenhieb gegen Putin aufgefasst werden. Aktuell deutet daher nur wenig darauf hin, dass Putin Selenskyj entgegenkommen wird – im Gegenteil ist eine weitere Eskalation nicht unwahrscheinlich. Dies könnte schon bald der Fall sein, wenn Russland nicht, wie am 25. Mai 2019 vom Internationalen Seegerichtshof in Hamburg entschieden, die im November 2018 im Schwarzen Meer festgenommen ukrainischen Matrosen und Schiffe wieder freilässt. Selenskyj kommentierte nach der Urteilsverkündung, die Freilassung »könnte ein erstes Signal der russischen Führung sein, dass sie tatsächlich bereit ist, den Konflikt mit der Ukraine zu beenden«. Und spätestens, wenn Anfang kommenden Jahres die Gaspipeline Nord Stream II in Betrieb genommen wird und der Vertrag mit Russland über den Transit russischen Gases nach Europa ausläuft – die Verhandlungen über einen neuen Vertrag stocken seit Monaten –, kann Moskau der Ukraine den Gashahn zudrehen, was Selenskyj vor eine noch große Belastungsprobe stellen würde.

Positiv an Selenskyjs Rede war der versöhnliche Tonfall gegenüber den Bewohnern der Ostukraine, für die die letzte Regierung laut Selenskyj zu wenig getan habe und deren Herzen er nun zurückerobert wolle, da das Land nur vereint stark sei. Dieser inklusiven Rhetorik, nachdrücklich betont durch den Wechsel ins Russische (der angesichts des neuen Sprachengesetzes von Teilen der Zivilgesellschaft allerdings auch kritisiert wurde), müssen nun Taten folgen, wie etwa der Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur im Donbas.

Dass ihm die große, pathetische Show liegt, bewies Selenskyj auch mit den Abschlussworten seiner Rede: Bisher habe er stets versucht, die Menschen zum Lachen zu bringen. Nun werde er versuchen, die Menschen nicht zum Weinen zu bringen.

Kritik an Personalentscheidungen

Selenskyjs erste Personalentscheidungen lösten bei vielen politischen Beobachtern Stirnrunzeln aus: Zum Leiter der wichtigen Präsidentialadministration ernannte er Andrij Bohdan. Der 42-jährige Jurist ist der Hauptan-

walt des einflussreichen Oligarchen Ihor Kolomojskyj und war bereits unter Präsident Juschtschenko in der Politik aktiv, womit er einer der wenigen Mitarbeiter mit langjähriger politischer Erfahrung ist. Da Bohdan jedoch auch unter Präsident Janukowytsch im Staatsdienst war, fällt er eigentlich unter das sog. Lustrationsgesetz, das ihm eine politische Tätigkeit bis 2024 verbietet. Durch einen juristischen Winkelzug – als Leiter der Präsidentialadministration sei er kein Staatsbediensteter und falle daher zu Unrecht unter die Lustration – wurde dieses Gesetz jedoch umgangen. Tetiana Kosatschenko, die ehemalige Leiterin der Abteilung für Lustration im Justizministerium, sieht hingegen einen klaren Gesetzesbruch. Wer immer aus juristischer Perspektive recht hat – aus ethisch-moralischer Sicht ruft Bohdans große Skepsis hervor. Zumal Bohdan als rechte Hand Kolomojskyjs gilt, der nur wenige Tage vor Selenskyjs Amtsantritt nach fast zwei Jahren im Auslands-Exil in die Ukraine zurückgekehrt ist. Dass ein ehemaliger »Diener des Oligarchen« nun zu einem »Diener des Volkes« ernannt wurde, ist vielleicht nicht das klügste Signal, wenn man als Präsident eigentlich Korruption und Oligarchie bekämpfen will.

Nicht zuletzt deswegen soll die als reformorientiert geltende Olena Serkal, die zunächst als Stellvertreterin der Präsidentialadministration ernannt wurde, den ihr angebotenen Posten abgelehnt haben. Eine Reihe renommierter zivilgesellschaftlicher Organisationen kritisierte Selenskyjs Personalentscheidungen und veröffentlichte nur wenige Tage nach dessen Amtsantritt einen offenen Brief, in dem sie dem Präsidenten einen »völligen Mangel an Verständnis für die Bedrohungen und Herausforderungen« der Ukraine vorwirft und mehrere »rote Linien« nennt, die Selenskyj nicht überschreiten solle, wenn er die politische Stabilität des Landes nicht gefährden wolle.

Selenskyj, der Poroschenko im Wahlkampf dafür kritisierte, dass dieser seine Bekannten an Schaltstellen der Macht setzte, macht sich unglaublich und angreifbar, wenn er nun selbst ähnlich umstrittene Personalentscheidungen trifft und wichtige Posten an enge Vertraute vergibt. Und die Ernennung vom Wirtschaftsexperten und Ex-Finanzminister Oleksandr Danyljuk zum Sekretär des Sicherheits- und Verteidigungsrates wirft zumindest die Frage auf, ob dies bewusst geschah, um Danyljuk, der maßgeblich für die Verstaatlichung von Kolomojskyjs PrivatBank zuständig war, künftig aus der Wirtschafts- und Finanzpolitik herauszuhalten. Denn Kolomojskyj will nicht nur seine Bank zurückholen, sondern fordert Schadensersatz in Milliardenhöhe, was ihm ohne die Einmischung Danyljuks leichter fallen dürfte.

Selenskyj steht für seine Ernennungen auch in der Kritik, weil bisher alle Vakanzen mit Männern besetzt

wurden und weil viele Posten an Personen ohne politische Erfahrung gegangen sind, die der neue Präsident aus seiner Produktionsfirma mitbringt. Wobei es natürlich, um das alte, korrupte System aufzubrechen, frische Köpfe gerade auch von außerhalb des Systems braucht. Und wenn man niemandem vertrauen kann außer den eigenen Leuten, die man schon lange kennt und hinsichtlich ihrer Integrität, Kompetenz und Loyalität einschätzen kann, macht die Ernennung von Weggefährten durchaus Sinn – und ihnen sollte zumindest die Chance gegeben werden, sich zu beweisen.

Der Konflikt um vorgezogene Parlamentswahlen

Die Auflösung der Rada und die vorgezogenen Neuwahlen, die Selenskyj per Dekret vom 21. Mai erließ, brachten ihm zwar in der Bevölkerung Pluspunkte ein, stießen jedoch bei vielen Rechtsexperten auf Kritik (eine Stellungnahme dazu findet sich z. B. beim [Center of Policy and Legal Reform](#)). Grundlage für die Auflösung der Rada ist der Umstand, dass die Regierungskoalition, bestehend aus dem Block Petro Poroschenko und der Nationalen Front von Ex-Premierminister Arsenij Jazenjuk, seit 2016 eigentlich keine Parlamentsmehrheit mehr hat. Das räumt laut Artikel 90 der Verfassung dem Präsidenten das Recht ein, das Parlament vorzeitig aufzulösen. Allerdings gibt es in der Formulierung einen gewissen Interpretationsspielraum, so dass die Befugnis Selenskyjs, das Parlament aufzulösen, hinterfragt wird. Der Sprecher der Werchowna Rada, Andrij Parubij, kündigte daher noch am Tag des Erlasses an, dass die Auflösung des Parlaments vor dem Verfassungsgericht angefochten werde.

Die Motivation Selenskyjs, dass in der Bevölkerung unbeliebte und für ihn unbequeme (schließlich hat er noch keine eigene Fraktion) Parlament per Dekret aufzulösen, ist klar: Die jüngste Umfrage der Rating-Group sieht seine – bisher nur auf dem Papier existierende – Partei »Diener des Volkes« bei fast 44 Prozent, weit vor allen anderen Parteien wie der pro-russischen »Oppositionsplattform – für das Leben« mit 10,5 Prozent oder Poroschenkos »Solidarnost« mit 8,8 Prozent. Bis zum regulären Wahltermin Ende Oktober würde diese Zustimmung vermutlich sinken, da nicht zu erwarten ist, dass Selenskyj bis dahin nennenswerte Reformen vorweisen kann. Denn gleich zum Amtsantritt hat er mit seiner heftigen Kritik am Parlament so viele Abgeordnete verprellt, dass die aktuelle Rada ihm kaum gewogen sein dürfte und wohl eher auf Konfrontationskurs mit Selenskyj gehen wird.

Das zeigte sich bereits vergangene Woche, als der von Selenskyj eingebrachte Gesetzesentwurf (dieser sah u. a. die Abschaffung der Einzelwahlkreise, eine reine Ver-

hältniswahl und eine 3-Prozent-Hürde vor) zur Wahlgesetzgebung es nicht einmal auf die Tagesordnung schaffte. Für die Parlamentswahl am 21. Juli bedeutet das, dass sie nach dem alten Wahlsystem (gemischtes Wahlsystem mit Parteilisten und Einzelwahlkreisen, geschlossenen Wahllisten und einer 5-Prozent-Hürde) abgehalten wird, das Korruption und Stimmenkauf begünstigt.

Die Rückkehr der alten Eliten?

Zu den bedenkenswerten Entwicklungen der vergangenen Tage zählt auch die Rückkehr mehrerer einflussreicher Personen, die nach Selenskyjs Sieg aus ihrem selbst gewählten Exil in die Ukraine zurückgekommen sind: Allen voran der bereits erwähnte Oligarch und Geschäftspartner Selenskyjs, Ihor Kolomojskyj. Kolomojskyj hat sich in den vergangenen Wochen bereits mehrfach medial zur ukrainischen Politik geäußert und sprach u. a. eine »Empfehlung« aus, dass sein Anwalt Andrij Bohdan ein geeigneter Leiter der Präsidentialadministration sei – wozu dieser nur wenige Tage später auch ernannt wurde, was die Spekulationen über Kolomojskyjs Einfluss auf Selenskyj befeuerte. Der schillernde Politiker Oleksandr Onyschtschenko, gegen den in der Ukraine ein Prozess wegen Korruptionsverdachts in Millionenhöhe läuft, kündigte an, ebenfalls bald in die Ukraine zurückzukehren und bei den Parlamentswahlen antreten zu wollen. Auch Andrij Portnow, ehemaliger stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration unter Ex-Präsident Janukowytsch und mitverantwortlich für die sog. »Diktatur-Gesetze« während der Maidan-Proteste, kehrte zurück.

Auch wenn diese Personen aus unterschiedlichen Motiven zurückgekehrt sind, so verkörpern sie doch alle das alte politische System und verfolgen ihre Partikularinteressen mit teils informellen, teils illegalen Methoden. Insofern sollte ihre Rückkehr ein Warnsignal für den neuen Präsidenten sein. Gleichzeitig muss er auf die alten Eliten zugehen, zumindest jene, die nicht ganz abgeneigt sind, nach neuen, demokratischen Spielregeln zu spielen. Denn eine komplette Entmachtung und Enteignung der Oligarchen wird kaum gelingen. Deshalb wäre es wohl klüger, nach Wegen zu suchen, diese Kräfte zu »zähmen«. Im Wahlkampf stellte Selenskyj bereits eine Steueramnestie in Aussicht, die solch ein Mittel sein könnte.

Fazit

Der neue ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat bereits in den ersten Tagen nach seinem Amtsantritt für viel Wirbel gesorgt. Während Selenskyjs erste Amtshandlungen in der Bevölkerung mit Wohlwollen aufgenommen wurden, hat er mit der Auflösung der Rada und

den vorgezogenen Neuwahlen bei vielen Parlamentariern Unmut ausgelöst. Dadurch wird es für ihn schwierig, bis zu den Wahlen größere Reformen anzustoßen. Er wird Kompromisse eingehen müssen und auch den einflussreichen informellen Eliten Angebote machen, was wiederum gesellschaftlich schwer vermittelbar sein dürfte und großes politisches Geschick und diplomatisches Gespür

erfordert. Ob der politisch unerfahrene Selenskyj langfristig die vielen Herausforderungen bewältigen kann, hängt nicht zuletzt davon ab, wie seine neue Partei aus den Parlamentswahlen hervorgehen wird. Und ob der von vielen Ukrainerinnen und Ukrainern mit Selenskyjs Amtsantritt erhoffte Neustart der ukrainischen Politik wirklich gelingt, wird sich erst danach zeigen.

Über den Autor:

Dr. Eduard Klein ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Redakteur der Ukraine-Analysen.

DOKUMENTATION

Antrittsrede von Wolodymyr Selenskyj in der Werchowna Rada am 20.05.2019

Dear Ukrainians!

After my election victory, my six-year-old son said: “Dad, they say on TV that Zelenskyy is the President ... So, it means that...I am... the President too?!” At the time, it sounded funny, but later I realized that it was true. Because each of us is the President. Not just the 73 percent who voted for me, but all 100 percent of Ukrainians. This is not just mine, this is our common victory. And this is our common chance that we are responsible for together.

It hasn't been only me who has just taken the oath. Each of us has just put his hand on the Constitution and swore allegiance to Ukraine.

Now, imagine the headlines: “The President Does Not Pay Taxes,” “The Intoxicated President Ran the Red Light” or “The President Is Quietly Stealing Because Everyone Does.” Would you agree that it's shameful? This is what I mean when I say that each of us is the President. From now on, each of us is responsible for the country that we leave to our children. Each of us, in his place, can do everything for the prosperity of Ukraine.

Our European country begins with each one of us. We have chosen a path to Europe, but Europe is not somewhere out there. Europe is here (in the head—Ed.) And after it appears here, it will be everywhere, all over Ukraine.

This is our common dream. But we also share a common pain. Each of us has died in the Donbas. Every day we lose each one of us. And each of us is a refugee—the one who has lost his own home and the one who has opened the door of his home, sharing the pain. And each of us is a migrant worker—the one who could't find himself at home, but has found income in a foreign country, and the one who struggling with poverty, is forced to lose his own dignity.

But we will overcome all of this! Because each of us is a Ukrainian.

We are all Ukrainians: there are no bigger or lesser, or correct or incorrect Ukrainians. From Uzhgorod to Luhansk, from Chernigiv to Simferopol, in Lviv, Kharkiv, Donetsk, Dnipro and Odesa—we are Ukrainians. And we have to be one. After all, only then we are strong.

Today I appeal to all Ukrainians in the world. There are 65 millions of us. Yes, don't be surprised: there are 65 million of us—those born on the Ukrainian soil. Ukrainians in Europe and Asia, in North and South America, Australia and Africa—I appeal to all Ukrainians on the planet!

We really need you. To all who are ready to build a new, strong and successful Ukraine, I will gladly grant Ukrainian citizenship. You must come to Ukraine not to visit, but to return home. We are waiting for you. There is no need to bring souvenirs from abroad, but please, bring your knowledge, experience and values.

That will help us start a new era. Skeptics will say that it is impossible, a fantasy. But what if this is, in fact, our national idea—to unite and make the impossible against all odds?

Remember the Iceland soccer team at the European Championship—when a dentist, a director, a pilot, a student and a cleaner defended their country's honor? No one believed they could do it, but they did it!

And this should be precisely our path. We must become the Icelanders in soccer, the Israelis—in the defense of their native land, the Japanese—in technology and the Swiss—in the ability to live with each other in harmony, despite all the differences.

However, our first task is ceasefire in the Donbas. I have been often asked: What price are you ready to pay for the ceasefire? It's a strange question. What price are you ready to pay for the lives of you loved ones? I can assure you that I'm ready to pay any price to stop the deaths of our heroes. I'm definitely not afraid to make difficult decisions and I'm ready to lose my fame, my ratings, and if need be—without any hesitation, my position to bring peace, as long as we do not give up our territories.

History is unfair. We are not the ones who have started this war. But we are the ones who have to finish it. And we are ready for dialogue. I believe that the perfect first step in this dialogue will be the return of all Ukrainian prisoners.

Our next challenge is returning the lost territories. In all honesty, this wording does not seem entirely correct to me because it is impossible to return what has always been ours. Both Crimea and Donbas have been our Ukrainian land, but the land where we have lost the most important thing—the people.

Today we have to return their minds—that's what we have lost. Over the years, the authorities have not done anything to make them feel Ukrainians and understand that they are not strangers, but they are our people, they are Ukrainians. And even if they are granted 10 different passports, it won't change anything. For being Ukrainian is not a line in the passport—being Ukrainian is here (in the heart—Ed.)

I know that for sure. I know that from the soldiers who are now defending Ukraine, our heroes, some of whom are Ukrainian-speakers, while others—Russian-speakers. There, in the frontline, there is no strife and discord, there is only courage and honor. So, I want to appeal to our defenders now:

There can be no strong army in a place where the authorities do not respect the people who every day sacrifice their life for the country. I will do everything I can to make you feel respect. This means decent, and most importantly, secure salaries, living conditions, vocation leaves after the combat missions and your and your families' holidays. We must not just talk about NATO standards—we must create those standards.

Of course, besides the war, there are many other problems that trouble Ukrainians. Among them are the shocking utility tariffs, humiliating wages and pensions, painful prices and non-existent jobs. There is also the health care that is seen as improving mostly by those who have never been to a regular hospital with their child. And then, there are also the mythical Ukrainian roads that are being built and repaired only in someone's prolific imagination.

Allow me to quote one American actor who has become a great American president: “The government does not solve our problems. The government is our problem.”

I do not understand our government that only shrugs and says: “There is nothing we can do.” Not true. You can. You can take a sheet of paper and a pen and free your seats for those who think about the next generations and not about the next election! Do it and people will appreciate that.

Your applause is pretty light...I guess not everyone likes what I'm saying? Too bad, since it's not me, but the Ukrainian people who is saying that.

My election proves that our citizens are tired of the experienced, pompous system politicians who over the 28 years, have created a country of opportunities—the opportunities to bribe, steal and pluck the resources.

We will build the country of other opportunities—the one where all are equal before the law and where all the rules are honest and transparent, the same for everyone. And for that, we need people in power who will serve the people. This is why I really do not want my pictures in your offices, for the President is not an icon, an idol or a portrait. Hang your kids' photos instead, and look at them each time you are making a decision.

I can go on, but Ukrainians wants actions, not words. So, dear deputies! You have appointed the inauguration on Monday, a work day, which has one benefit — it means you are ready to work.

Therefore, I ask that you approve:

1. The law on removing parliamentary immunity.
2. The law establishing criminal liability for illegal enrichment.
3. The long-awaited Electoral Code and open-lists.

Also, please dismiss:

1. Head of the Security Service of Ukraine.
2. Prosecutor General of Ukraine.
3. Minister of Defense of Ukraine.

This is certainly not all that you could do, but for now, it will suffice.

You will have two months to do that. Do it. And take all the medals for it—not a bad move before the snap parliamentary election. I am dissolving the Verkhovna Rada of the eighth convocation

Glory to Ukraine!

And finally:

Dear Nation!

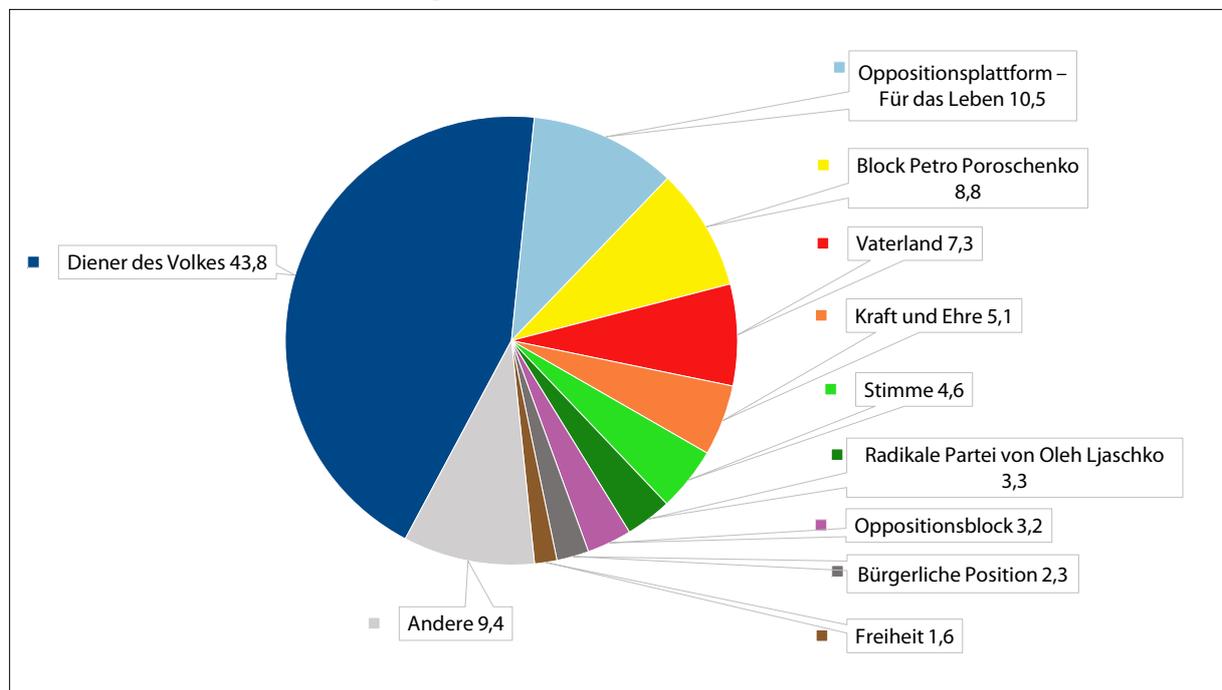
All my life I tried to do all I could so that Ukrainians laughed. That was my mission. Now I will do all I can so that Ukrainians at least do not cry any more.

Quelle: Website des Präsidenten der Ukraine, 20.05.2019, <https://www.president.gov.ua/en/news/inavguracijna-promova-prezidenta-ukrayini-volodimira-zelensk-55489>.

UMFRAGE

Sonntagsfrage zu den Parlamentswahlen

Grafik 1: Wenn kommenden Sonntag Parlamentswahlen wären, für wen würden Sie stimmen?



Anmerkung: Personen, die angaben, nicht an den Wahlen teilnehmen zu wollen (8,9 Prozent der Befragten) oder noch nicht zu wissen, für wen sie stimmen (15,3 Prozent), sind nicht enthalten.

Quelle: Soziologische Gruppe Rating, 22.05.2019, Umfrage vom 16.–21.05.2019, http://ratinggroup.ua/research/ukraine/monitoring_elektoralnyh_nastroeniy_ukraincev_16-21_maya_2019.html

Die Förderung erneuerbarer Energien in der Ukraine

Von Clemens Stiewe (BE Berlin Economics) und Elias Spiekermann (Berlin)

Zusammenfassung

Der Ausbau der erneuerbaren Energien (EE) hat in der Ukraine zuletzt deutlich an Dynamik gewonnen. Dafür verantwortlich ist neben der Modernisierung der großen Wasserkraftwerke vor allem das Wachstum jener Erneuerbarer, die durch die staatliche Einspeisevergütung gefördert werden. Dazu zählen Biomasseanlagen, kleine Wasserkraftanlagen sowie Windkraft- (WK) und Photovoltaik-Anlagen (PV). Der absolute Anteil dieser Gruppe an der gesamten Stromerzeugung ist jedoch weiterhin gering. Gleichzeitig sind die Kosten für deren Förderung aufgrund hoher Einspeisevergütungen und des steigenden Ausbaupfades massiv gestiegen, sodass eine Reform des bisherigen Systems unumgänglich erscheint. Das am 25. April 2019 beschlossene Erneuerbaren-Gesetz sieht die Einführung von Auktionen für größere WK- und PV-Projekte vor und folgt damit den Empfehlungen internationaler Partner und Geldgeber, zu denen u. a. die Weltbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und die Internationale Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA) zählen. Durch das Auktionssystem soll der Erneuerbaren-Ausbau zukünftig – dem internationalen Trend folgend – wettbewerbler, besser steuerbar und kostengünstiger gestaltet werden.

Einleitung

Während im März und April 2019 ein Großteil der medialen Aufmerksamkeit in der Ukraine auf den Präsidentschaftswahlen lag, wurde am 25. April ein Gesetz in der Werchowna Rada verabschiedet, das für den Energiesektor der Ukraine von großer Bedeutung sein kann.

Mit dem Gesetz zur Einführung von Auktionen für EE will die ukrainische Regierung das bisherige, ineffiziente und teure Subventionssystem reformieren. Die Förderung von EE ist jedoch auch im Zusammenhang mit anderen politischen Herausforderungen zu betrachten. So könnte ein höherer EE-Anteil dazu beitragen, die Anbieterstruktur des ukrainischen Strommarktes zu diversifizieren, auf dem bisher neben staatlichen Erzeugern nur ein großer privater Akteur – der Energiekonzern DTEK – aktiv ist. Eine stärkere Integration von EE könnte darüber hinaus, im Einklang mit einer Flexibilisierung des Stromsystems, die Erzeugung der Grundlast durch Kohlekraftwerke größtenteils überflüssig machen. Dies würde der Ukraine ermöglichen, einen Großteil der klimaschädlichen, ineffizienten und überalterten Kohlekraftwerke stillzulegen. Gleichzeitig würde so die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffimporten verringert.

Die Verabschiedung des Erneuerbaren-Gesetzes stellt für die Ukraine außerdem einen Schritt auf dem Weg zur (energie-)politischen Annäherung an die EU dar. So ist die Ukraine bereits 2011 der Energy Community, einer zwischen der EU und Drittstaaten gegründeten Organisation mit dem Ziel der Erweiterung des EU-Energiebinnenmarktes nach Südosten, beigetreten. 2017 wurde in der Ukraine außerdem ein Gesetz beschlossen, das die im Dritten Energiepaket der EU gebündelten Maßnahmen zur Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte umsetzen soll. Das nun verabschiedete Erneuer-

baren-Gesetz stellt für die Ukraine die Möglichkeit dar, ein wettbewerbsorientiertes Marktumfeld im Rahmen des Dritten Energiepakets auch im Bereich der Erneuerbaren zu schaffen. Darüber hinaus hat sich die Ukraine mit der Ratifizierung des Paris-Abkommens dazu verpflichtet, ihre Emissionen bis 2030 auf 40 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 zu senken. Allerdings ist das Emissionsniveau aufgrund des starken strukturellen Wandels nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sowie wirtschaftlicher Einbrüche bereits heute deutlich niedriger. Das gesetzte Ziel ließe somit aus heutiger Sicht eine Steigerung der Treibhausgas-Emissionen bis 2030 zu.

Der Status quo der erneuerbaren Energien in der Ukraine

EE sind in der Ukraine vor allem im Stromsektor relevant. Die Wärmeversorgung für Gebäude sowie in der Industrie basiert hauptsächlich auf Erdgas. Auch im erdöldominierten Verkehrssektor spielen Erneuerbare keine nennenswerte Rolle. Das Rückgrat der Stromerzeugung bilden weiterhin die vier staatlich betriebenen Atomkraftwerke des Landes, die 2018 mehr als 50 Prozent des Stroms erzeugt haben (außerdem: Kohle 30 Prozent, Kraft-Wärme-Kopplung 6 Prozent). Die insgesamt 10 Prozent erzeugenden Erneuerbaren schlüsseln sich wie folgt auf: Die staatlich betriebenen großen Wasserkraftwerke erzeugen etwa 8 Prozent des Stroms, während die privat betriebenen und mit Einspeisevergütung geförderten Erneuerbaren rund 2 Prozent des Strombedarfes erzeugen. Dabei haben PV-Anlagen den größten Anteil, gefolgt von WK-Anlagen, Bioenergieanlagen und kleineren Wasserkraftwerken (Daten des ukrainischen Marktbetreibers SE Energo-rynok für 2018).

Die Anbieterstruktur auf dem Strommarkt verdient genauere Betrachtung: Abgesehen von den großen staatlichen Konzernen, die alle vier Atomkraftwerke, die großen Wasserkraftwerke sowie einen Teil der Kohlekraftwerke betreiben, gibt es nur einen weiteren nennenswerten großen Akteur – den Energiekonzern DTEK, dessen Kraftwerke 2018 rund ein Viertel des gesamten ukrainischen Strombedarfs erzeugt haben und der dem Oligarchen Rinat Achmetow gehört. Ein wachsender EE-Anteil an der Stromerzeugung und damit das Eintreten neuer Akteure stellt somit eine Möglichkeit dar, die Angebotsstruktur des hoch konzentrierten ukrainischen Strommarktes langfristig aufzubrechen. Gleichzeitig investiert jedoch auch DTEK stark in das EE-Segment und ist bereits jetzt der größte Betreiber von Solarkraftwerken in der Ukraine. DTEK plant, bis 2020 insgesamt 1 GW Erneuerbare an das Netz angeschlossen zu haben.

Das Erneuerbaren-Gesetz soll die Ukraine nicht nur beim Erreichen ihrer langfristigen strategischen Ziele unterstützen, sondern vor allem die Defizite des bisherigen Förderungssystems für Erneuerbare ausgleichen. So bekommen Produzenten von »grünem« Strom unter dem bisherigen Fördersystem eine Einspeisevergütung – also eine garantierte Mindestzahlung – pro erzeugter Kilowattstunde Strom, die im europäischen Vergleich als sehr hoch einzustufen ist. Während beispielsweise in Deutschland 2018 als Auktionsergebnis etwa 6 Euro pro MWh Strom aus Windkraftanlagen gezahlt wurde, gab es 2018 in der Ukraine eine garantierte Vergütung von 10 Euro/MWh. Die Höhe der auch als »Green Tariff« bekannten Einspeisevergütung lässt sich nur teilweise durch die höhere Investitionsunsicherheit in der Ukraine erklären. Sie wird in der Ukraine durch Quersubventionen in Form höherer Strompreise für Industriekunden finanziert. Der hohe garantierte Abnahmepreis hat in den vergangenen Jahren einerseits zu einem verstärkten Ausbau Erneuerbarer, jedoch vor allem zu einer dramatischen Kostensteigerung geführt. So haben sich die jährlichen Kosten für die Einspeisevergütung seit 2014 von rund 6 auf fast 14 Milliarden Hrywnja (ca. 435 Millionen Euro) weit mehr als verdoppelt. Dabei ist zu beachten, dass die Wechselkursentwicklung einen Anteil an dieser Entwicklung hatte, da der Green Tariff seit 2009 in Euro ausbezahlt wird. Der tatsächliche Ausbau hinkt der Kostensteigerung allerdings hinterher – so ist der absolute Anteil der durch Einspeisevergütung geförderten Erneuerbaren an der Stromerzeugung mit aktuell 2 Prozent nach wie vor sehr gering. Da EE-Anlagen die hohe aktuelle Einspeisevergütung nur noch bei Vertragsabschluss bis Ende 2019 bekommen, zieht der Ausbau allerdings zurzeit kräftig an: So wurden allein im ersten Quartal 2019

für rund 900 MW Einspeiseverträge abgeschlossen; dies entspricht fast 50 Prozent der bisher installierten Leistung von ca. 2 GW (Stand Ende 2018).

Die Änderungen durch das Erneuerbaren-Gesetz

Mit dem neuen Gesetz soll der EE-Ausbau besser steuerbar, wettbewerblischer und damit kostengünstiger erfolgen. Zukünftig sollen die Einspeisetarife für Strom aus EE-Anlagen deshalb – dem internationalen Trend folgend – verauktioniert werden.

Nach einer öffentlichen Konsultationsphase sowie Diskussionen im zuständigen parlamentarischen Ausschuss wurde der neue Gesetzesvorschlag im Dezember 2018 in erster Lesung und am 25. April in zweiter Lesung in der Rada angenommen. Ab 2020 sind pro Jahr zwei Auktionen vorgesehen, auf denen vorher festgelegte Kapazitäten versteigert werden. Gebote bestehen aus der Kapazität des jeweiligen Projektes und einem Preis, ausgedrückt in €/MWh. Aufsteigend mit dem gebotenen Preis werden die niedrigsten Gebote zuerst bezuschlagt, bis die festgelegte Kapazität verauktioniert ist. Das hieße beispielsweise, dass ein Projekt mit gebotenen 7€ pro erzeugter MWh vor einem Projekt mit gebotenen 8€/MWh bezuschlagt wird. Falls die Gesamtkapazität der Auktion dann noch nicht vollständig vergeben wurde, bekäme auch das teurere Projekt einen Zuschlag. Erfolgreichen Bietern wird der gebotene Preis für 20 Jahre nach Inbetriebnahme zugesichert. Die Gebote werden durch eine Obergrenze gedeckelt, die für WK- und PV-Anlagen dem Green Tariff zum Auktionszeitpunkt sowie für die kleineren EE-Anlagen dem Green Tariff für Biomasse vom 01.01.2020 entspricht. Dieses wettbewerbliche Verfahren stellt eine wenig komplexe Form von Auktionen dar und wird daher für die Einführungsphase empfohlen. Sobald sich dieses Verfahren bewährt hat, kann ein komplexeres Auktionssystem etabliert werden.

WK-Projekte mit einer Kapazität von mehr als 5 Megawatt (MW) sowie PV-Projekte mit mehr als 1 MW sind zukünftig verpflichtet, an den Auktionen teilzunehmen. WK- und PV-Projekte unterhalb dieser Kapazitätsgrenzen sowie sämtliche Biomasse- und Kleinwasserkraftprojekte können weiterhin die bisherige Einspeisevergütung einfordern oder freiwillig an den Auktionen teilnehmen. Der Green Tariff wird jedoch ab 2020 für alle Technologien schrittweise abgesenkt und läuft 2030 endgültig – und unabhängig vom Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Anlage – aus. Mit einer Förderungsdauer von weniger als zehn Jahren ist, bei vorgesehener Tariffhöhe, die Wirtschaftlichkeit der meisten Projekte fraglich. Folglich ist mit einem Einbruch der Investitionen für dieses Anlagensegment in den kom-

menden drei Jahren zu rechnen. Neben den genannten Aspekten sieht der Gesetzesentwurf derzeit keinen Steuerungsmechanismus für die geografische Verteilung der Erneuerbaren in der Ukraine vor. Durch die momentane Konzentration von WK- und PV-Anlagen im Süden des Landes, bedingt durch höhere Erträge, sind Netzengpässe und ein erhöhter Bedarf an Ausgleichsenergie zu erwarten.

Bis zum Start der Auktionen im Januar 2020 sind weitere Kostensteigerungen zu erwarten: So wurde mit den oben beschriebenen Einspeiseverträgen über knapp 900 MW EE-Kapazität bereits im ersten Quartal 2019 der Wert von 742 MW für das gesamte Jahr 2018 übertroffen. Es ist daher davon auszugehen, dass die Kosten der Förderung in 2019 ein Vielfaches der 435 Millionen Euro in 2018 betragen werden.

Chancen und Risiken des Auktionssystems

Mit der Einführung eines Auktionssystems kommt die Ukraine den Empfehlungen ihrer internationalen Partner und Geldgeber nach. So wurde seitens der EBRD im Februar 2019 angekündigt, die Finanzierung weiterer Erneuerbaren-Projekte bis zur Verabschiedung des Erneuerbaren-Gesetzes auf Eis zu legen. Die genannten Organisationen begründen ihre Empfehlungen mit den positiven Effekten, die international als Folge der Einführung von Auktionssystemen zu beobachten seien. So könnten mit einem Auktionssystem für EE sowohl die zugebauten Kapazitäten gesteuert als auch die Kosten durch das wettbewerbliche Verfahren niedrig gehalten werden. Darüber hinaus soll der Wettbewerb Innovationsanreize setzen sowie einen stabilen und vorhersehbaren Investitionsrahmen und damit eine kontinuierliche Entwicklung der Erneuerbaren im Stromsektor sicherstellen.

Damit diese Ziele erreicht werden können, müssen jedoch einige Voraussetzungen erfüllt sein: So braucht es beispielsweise eine passende und sichere Auktionssoftware, eine vertrauenswürdige durchführende Institution sowie genügend Wettbewerb bei der Auktion, d. h. eine ausreichende Bieteranzahl und Liquidität. Auch die Höhe der zu verauktionierenden Kapazitäten ist für den Erfolg einer Auktion entscheidend. Laut Gesetz sollen diese vom ukrainischen Energieministerium vorgeschlagen und dann vom Ministerkabinett verabschiedet werden. Ob dieser Prozess mit der nötigen Transparenz durchgeführt wird, bleibt abzuwarten.

Unabhängig von der Ausgestaltung der Förderung muss die Ukraine das gesamte Stromsystem für höhere Anteile fluktuierender Erneuerbaren-Einspeisung fit machen. Dafür müssen umfangreiche und ohnehin fällige Investitionen in die veraltete Technik fließen und weitere Flexibilitätsoptionen etabliert werden. Zur Ver-

fügung stehen hier flexible Gaskraftwerke, Batteriespeicher, Power-to-X-Technologien (z. B. Strom zu Wärme), Demand Side Management (Verbrauch richtet sich stärker nach Angebot) oder eine Erhöhung der Import- und Exportkapazitäten. Der staatliche Übertragungsnetzbetreiber Ukrenergo hat bereits angekündigt, dass in den nächsten Jahren in moderne Gaskraftwerke und Batteriespeicher investiert werden muss.

Fazit

Der kosteneffiziente Ausbau der Erneuerbaren stellt nur einen Baustein der komplexen ukrainischen Energiepolitik dar. Aus volkswirtschaftlicher Perspektive sollte die kostengünstigste Option zur Verringerung von Treibhausgasemissionen gewählt werden. Neben dem Erneuerbaren-Ausbau besitzen besonders im Strom- und Wärmebereich Energieeffizienzmaßnahmen großes Potenzial zur kostengünstigen Verringerung von Emissionen. Auch die Reduzierung von Energieverschwendung gehört hierzu. Diese Ansätze wurden jedoch bisher nur zu geringen Teilen ausgeschöpft – hier müssen die richtigen Anreize gesetzt werden, um weitere Investitionen anzuziehen.

Bis jetzt ist es der Ukraine noch nicht gelungen, die unterschiedlichen Optionen, Strategien und Gesetze zu koordinieren und in einen konsistenten Rahmen zu fassen. Als Gründe hierfür können sowohl fehlende Anreize zur Investition in neue Technologien als auch die endemische Korruption genannt werden. Zusätzlich erschwert die Verteilung der Zuständigkeiten auf mehrere Ministerien die Koordination und Umsetzung von Strategien zur Förderung erneuerbarer Energieerzeugung. Eine der Hauptaufgaben der neuen politischen Führung wird sein, entsprechende Prioritäten zu setzen und die bestehenden Kompetenzen zu bündeln. Darüber hinaus sollten ehrgeizigere Ziele in Bezug auf Erneuerbare und Energieeffizienz definiert werden. Mit dem von der Energy Community geforderten *National Energy and Climate Plan* wird der Ukraine ein Instrument an die Hand gegeben, in den kommenden zwei Jahren diese Herausforderungen mit Unterstützung und Beratung anzugehen.

Eine langfristig ausgelegte und ambitionierte Strategie sowie eine glaubwürdige Implementierung haben das Potenzial, das Investitionsklima im Strom- und Energiemarkt deutlich zu verbessern – eine zentrale Voraussetzung für ein modernes und flexibles Stromsystem mit hohem Anteil an Erneuerbaren. Ein solches System könnte wiederum die Wettbewerbsfähigkeit der Ukraine verbessern und für Wachstum und steigende Beschäftigung sorgen. Darüber hinaus könnte so die Abhängigkeit von Energieimporten verringert und die Umweltbelastung durch veraltete Kraftwerke gesenkt

werden. Das verabschiedete Gesetz stellt somit lediglich einen ersten Schritt dar. Ob das beschlossene Auktionssystem tatsächlich erfolgreich sein wird, beruht zu

großen Teilen auf der Fähigkeit der ukrainischen Institutionen, Transparenz, Vertrauen und Wettbewerb für die Teilnehmer sicherzustellen.

Über die Autoren:

Clemens Stiewe ist Volkswirt und als Analyst bei BE Berlin Economics tätig. Im Rahmen des Projekts »Low Carbon Ukraine« berät er im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit die ukrainische Regierung zu Fragen der Energie- und Klimapolitik mit dem Ziel, die Ukraine beim Erreichen eines emissionsärmeren Entwicklungspfades zu unterstützen.

Elias Spiekermann ist ebenfalls Volkswirt mit Fokus auf Energie- und Klimaökonomik. Er war bis April 2019 im Projekt »Low Carbon Ukraine« bei BE Berlin Economics tätig und unterstützt das Projekt seitdem als freier Mitarbeiter.

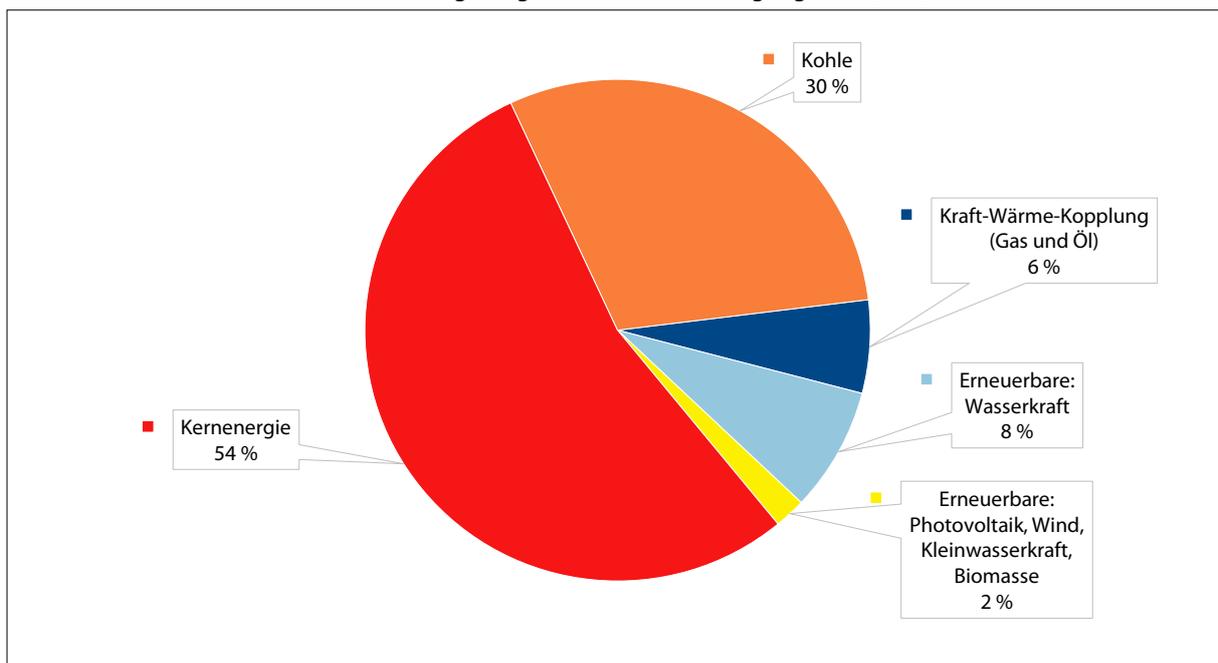
Bibliographie:

- Oksana Aliieva, Oleg Savitsky (2018): Perspektiven einer »grünen« Energiewende in der Ukraine, Ukraine-Analysen 195, 08.02.2018, S. 2–6, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen195.pdf>.
- Anton Antonenko, Roman Nitsovych, Olena Pavlenko, Kristian Takac (2018): Reforming Ukraine's Energy Sector: Critical Unfinished Business, Carnegie Europe, <https://carnegieeurope.eu/2018/02/06/reforming-ukraine-s-energy-sector-critical-unfinished-business-pub-75449>.

GRAFIK ZUM TEXT

Stromerzeugung in der Ukraine nach Energieträger

Grafik 1: Anteil unterschiedlicher Energieträger an der Stromerzeugung, 2018 (in %)

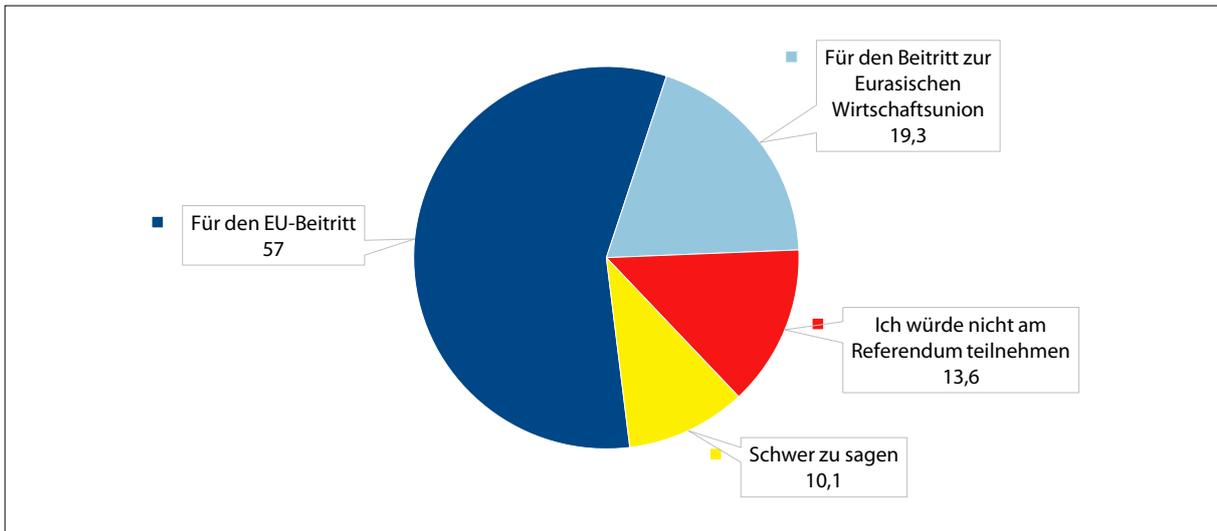


Quelle: SE Energorynok, <http://www.er.gov.ua/doc.php?c=5>

UMFRAGE

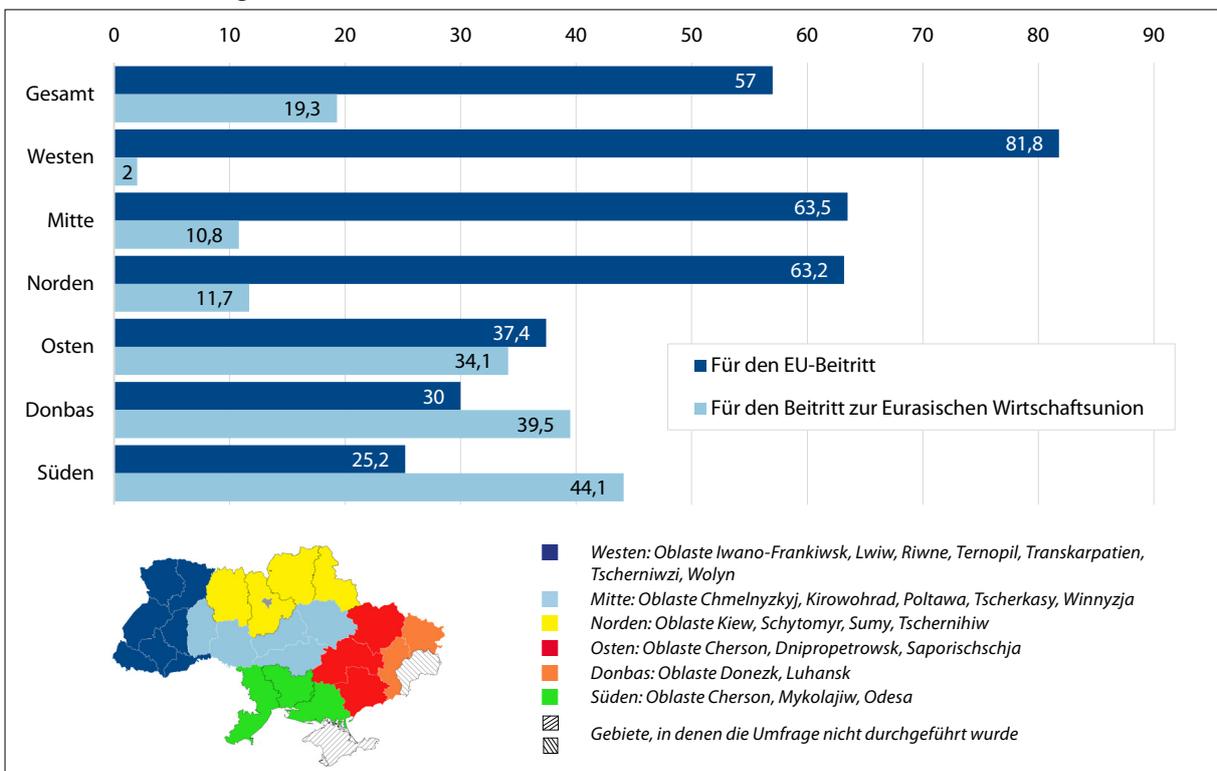
Umfragen zum Beitritt in die EU und in die NATO

Grafik 1: Wenn ein Referendum abgehalten würde über den Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union oder zur Eurasischen Wirtschaftsunion mit Russland, Kasachstan und Belarus, wofür würden Sie stimmen? (%)



Quelle: Soziologische Gruppe Rating, 16.5.2019, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/ukraina_segodnya_vyzovy_i_perspektivy.html.

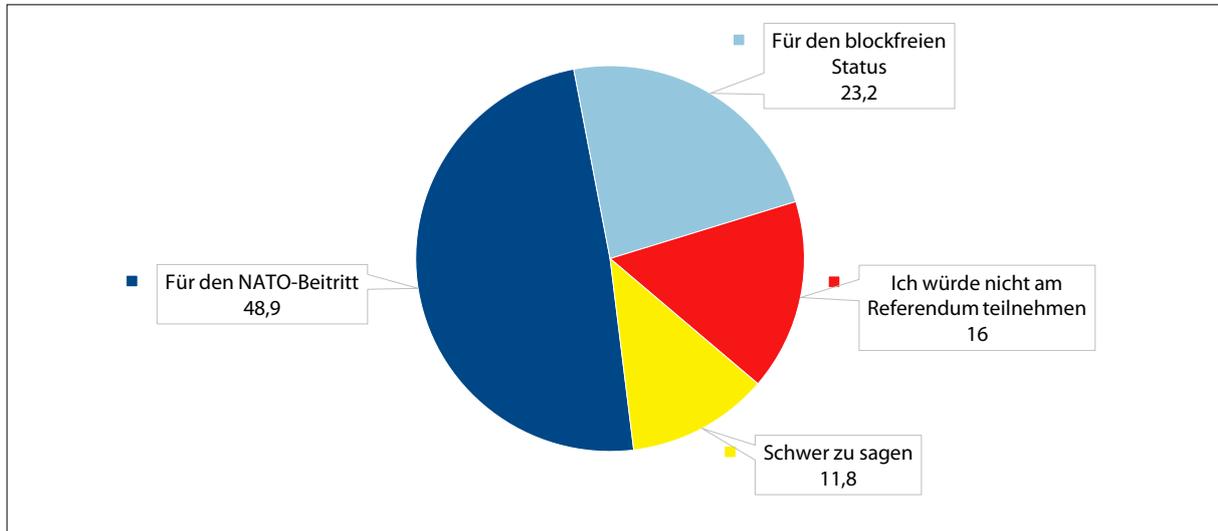
Grafik 2: Wenn ein Referendum abgehalten würde über den Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union oder zur Eurasischen Wirtschaftsunion mit Russland, Kasachstan und Belarus, wofür würden Sie stimmen? (nach Regionen, %)



Quelle: Soziologische Gruppe Rating, 16.5.2019, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/ukraina_segodnya_vyzovy_i_perspektivy.html.

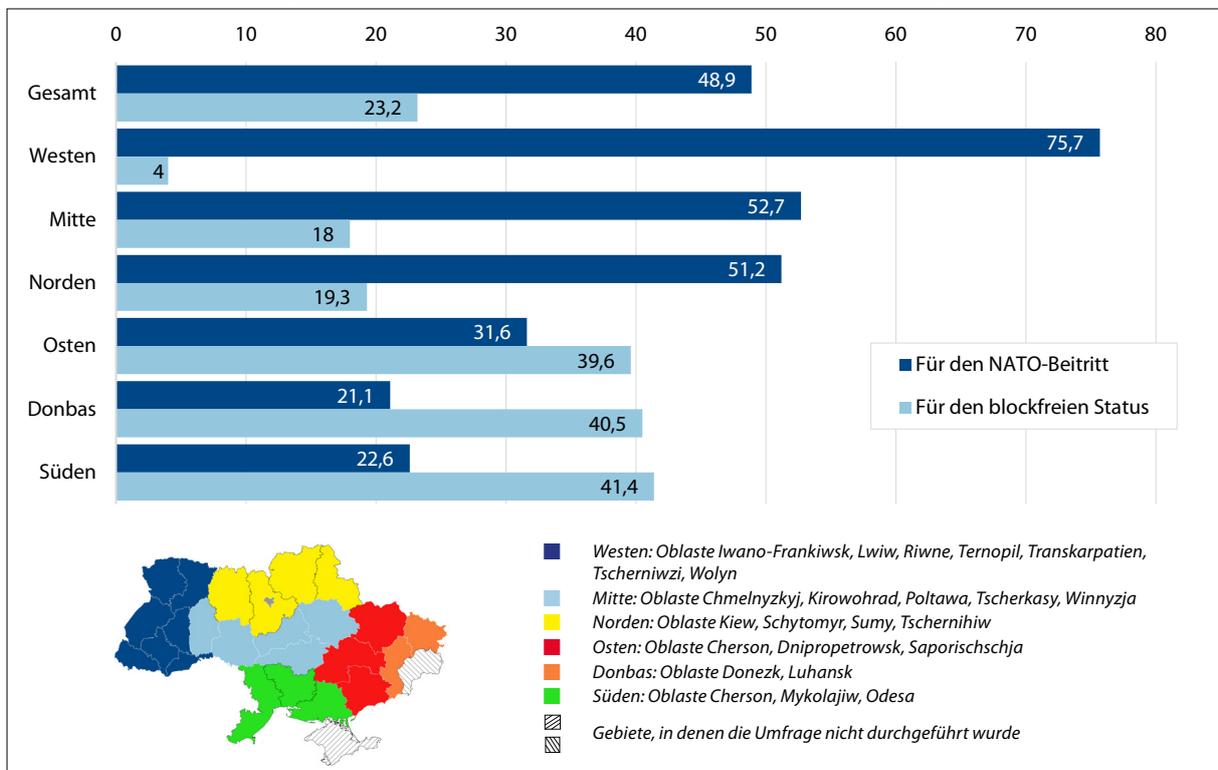
Die Karte wurde von der Forschungsstelle Osteuropa in QGIS erstellt, mit Geodaten von <https://data.humdata.org/dataset/ukraine-administrative-boundaries-as-of-q2-2017> und <https://nominatim.openstreetmap.org/>.

Grafik 3: Wenn ein Referendum abgehalten würde über den Beitritt der Ukraine zur NATO oder über die gesetzliche Stärkung des blockfreien Status, wofür würden Sie stimmen? (%)



Quelle: Soziologische Gruppe Rating, 16.5.2019, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/ukraina_segodnya_vyzovy_i_perspektivy.html.

Grafik 4: Wenn ein Referendum abgehalten würde über den Beitritt der Ukraine zur NATO oder über die gesetzliche Stärkung des blockfreien Status, wofür würden Sie stimmen? (nach Regionen, %)



Quelle: Soziologische Gruppe Rating, 16.5.2019, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/ukraina_segodnya_vyzovy_i_perspektivy.html.

Die Karte wurde von der Forschungsstelle Osteuropa in QGIS erstellt, mit Geodaten von <https://data.humdata.org/dataset/ukraine-administrative-boundaries-as-of-q2-2017> und <https://nominatim.openstreetmap.org/>.

Nationale Geschichtspolitik, restriktive Sicherheit und illiberale Demokratie – die polnische Ostpolitik unter der PiS-Regierung (Polen-Analysen 237)

Von Adam Balcer, Warschau



Zusammenfassung

In ihren knapp vier Jahren an der Regierung vollzog die Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens radikale Veränderungen, u. a. in der polnischen Ostpolitik. In den Beziehungen zu den östlichen Nachbarn wird nun ein wesentlich größeres Gewicht auf die bilateralen Beziehungen als auf die EU-Perspektive gelegt, desgleichen auf die »nationale« Geschichtspolitik, auf eine sehr restriktive Sicherheitspolitik und die Marginalisierung von Fragen der Demokratisierung und der Menschenrechte. Diese Veränderungen ergeben sich aus der Ideologie der Regierungspartei.

Erhältlich hier:

<http://laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen237.pdf>

13. – 27. Mai 2019

13.05.2019	Petro Poroschenko und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg besprechen in Brüssel den Stand der NATO-Ukraine-Beziehungen und fordern von Russland, die seit November 2018 in Russland festgehaltenen ukrainischen Seeleute zu befreien.
13.05.2019	Der Europäische Rat beschließt die Verlängerung der European Union Advisory Mission (EUAM) in der Ukraine bis zum 31. Mai 2021. Die EUAM ist eine zivile Mission der EU, deren rund 300 Mitarbeiter den Reformprozess in der Ukraine in Bereichen wie Personalmanagement und Kriminalitätsbekämpfung unterstützen.
14.05.2019	Vor der Generalstaatsanwaltschaft in Kiew demonstrieren mehr als ein Dutzend zivilgesellschaftliche Organisationen und fordern, dass Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko und Innenminister Arsen Awakow, denen sie unter anderem Korruption und Behinderung der Justiz vorwerfen, zurücktreten sollen.
15.05.2019	Das Ministerkabinett beschließt ein neues Handelsembargo gegen russische Waren, darunter Zement, Mineraldünger und Fahrzeuge. Premierminister Wolodymyr Hrojsman erklärt, dies sei eine Reaktion auf ein russisches Embargo, das vor kurzem in Kraft trat.
16.05.2019	Der Oligarch Ihor Kolomojskij, der die Ukraine nach der Verstaatlichung seiner »PrivatBank« im Juni 2017 verlassen hatte, kehrt in die Ukraine zurück. Kurz vor dem Wahlsieg von Wolodymyr Selenskyj, mit dem Kolomojskij geschäftliche Beziehungen pflegt, gab der Oligarch an, in die Ukraine zurückkehren zu wollen.
16.05.2019	Die Werchowna Rada legt die Amtseinführung von Wolodymyr Selenskyj auf den 20. Mai 2019. Damit bleibt dem neuen ukrainischen Präsidenten nach seiner Inauguration eine Woche Zeit, um wie angekündigt das Parlament aufzulösen und vorzeitige Neuwahlen zu beschließen.
16.05.2019	Der populäre ukrainische Rockstar Swjatoslaw Wakartschuk gibt bekannt, mit seiner neugegründeten Partei »Holos« (Stimme) bei den Parlamentswahlen antreten zu wollen. Wakartschuk, der 2007–2008 bereits als unabhängiger Kandidat in der Werchowna Rada saß, wurde lange Zeit als möglicher Präsidentschaftskandidat gehandelt, trat aber letztlich nicht an, da nach seiner Aussage das Parlament der Ort sei, »wo wirkliche Veränderungen gemacht werden«.
16.05.2019	Einer neuen Umfrage zu den Parlamentswahlen zufolge würde die Partei »Diener des Volkes« von Wolodymyr Selenskyj aktuell auf 39,9 Prozent der Wählerstimmen kommen, gefolgt von der pro-russischen »Oppositionsplattform – Für das Leben« mit 10,9 Prozent, dem »Block Petro Poroschenko« mit ebenfalls 10,9 Prozent und der Partei »Vaterland« von Julija Tymoschenko mit 9,1 Prozent.
17.05.2019	Die Regierungspartei »Volksfront« gibt das Ende der Koalition mit dem Block Petro Poroschenko bekannt. Das Parlament hat nun 30 Tage Zeit, um eine neue Koalition zu bilden. Dieser Schritt soll verhindern, dass Wolodymyr Selenskyj nach seiner Inauguration vorzeitige Neuwahlen ausrufen kann.
17.05.2019	Der langjährige Bürgermeister von Lwiw, Andrij Sadowyj, gibt bekannt, dass er seine Partei »Samopomitsch« (Selbsthilfe) bei den Parlamentswahlen anführen werde und um das Amt des Ministerpräsidenten kämpfen wolle. Samopomitsch erhielt bei den letzten Parlamentswahlen 11 Prozent, rangiert in aktuellen Umfragen allerdings deutlich unter 5 Prozent und würde damit den Einzug in die Werchowna Rada verpassen.
17.05.2019	In einer Filiale der »PrivatBank« in der ostukrainischen Stadt Starobilsk (Luhansker Oblast) zündet ein Mann eine Handgranate und kommt dabei ums Leben; sechs weitere Menschen werden verletzt. Laut Pressestelle der Bank hatte der Mann versucht, mit gefälschten Papieren einen Kredit zu beantragen. Als er abgewiesen wurde und die Polizei eintraf, zündete er die Granate und kam bei der Explosion ums Leben.
20.05.2019	Wolodymyr Selenskyj wird als sechster Präsident der Ukraine vereidigt. Bei seinem Amtsantritt in der Werchowna Rada kündigt Selenskyj die Auflösung des Parlaments sowie vorgezogene Neuwahlen in zwei Monaten an. Als Grund für die Auflösung gibt er das niedrige Vertrauen der Bevölkerung in das Parlament an. Zentrales Thema seiner ersten offiziellen Ansprache ist der Krieg im Donbas, den Selenskyj beenden wolle.
20.05.2019	Nach der Antrittsrede von Wolodymyr Selenskyj erklärt Premierminister Wolodymyr Hrojsman, am 22. Mai seinen Rücktritt einreichen zu wollen. Hrojsman, der den Posten des Ministerpräsidenten im April 2016 von Arsenij Jazenjuk übernommen hatte, will bei den vorgezogenen Parlamentswahlen mit einer neuen Partei antreten.
20.05.2019	Weitere hochrangige Politiker geben infolge der Rücktrittsforderung des neuen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj ihren Rücktritt bekannt. Darunter sind Verteidigungsminister Stepan Poltorak, der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates Oleksandr Turtschynow sowie der Leiter des Sicherheitsdienstes SBU, Wassyl Hryzak. Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko, dessen Rücktritt Selenskyj ebenfalls forderte, tritt nicht zurück.

21.05.2019	Per Dekret löst Präsident Wolodymyr Selenskyj die Werchowna Rada auf und terminiert die vorgezogenen Parlamentsneuwahlen auf den 21. Juli 2019. Um die Wahlen nach einem neuen Wahlrecht abhalten zu können, fordert Selenskyj von Parlamentssprecher Andrij Parubij, eine Sondersitzung des Parlaments einzuberufen, um die Wahlreform zu verabschieden.
21.05.2019	Präsident Wolodymyr Selenskyj ernennt den Anwalt Andrij Bohdan zum neuen Leiter der Präsidialadministration. Die Entscheidung stößt in den Medien auf Kritik, da Bohdan nicht nur ein enger Vertrauter von Selenskyj ist, sondern auch der Hauptanwalt des Oligarchen Ihor Kolomojskyj. Bohdan vertritt Kolomojskyjs Interessen unter anderem im Fall der »PrivatBank«, die ehemals dem Oligarchen gehörte und 2016 verstaatlicht wurde, wogegen Kolomojskyj juristisch vorgeht.
21.05.2019	Wolodymyr Selenskyj entlässt per Dekret Oberbefehlshaber Wiktor Muschenko und ernennt den General Ruslan Chomtschak zum neuen Chef des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte. Chomtschak ist in der Ukraine in erster Linie als Verantwortlicher für die ukrainischen Streitkräfte während der Schlacht von Ilowajsk im August 2014 bekannt, als die ukrainische Armee gegen reguläre russische Streitkräfte kämpfte.
21.05.2019	Der neue Leiter der Präsidialadministration, Andrij Bohdan, kündigt an, ein Referendum über den Abschluss eines Friedensabkommens mit Russland abhalten zu wollen, um den Konflikt im Donbas zu beenden.
21.05.2019	Die »PrivatBank« reicht in den USA eine neue Klage gegen Ihor Kolomojskyj und Hennadij Boholjubow ein. Die Bank wirft den ehemaligen Eigentümern der »PrivatBank« vor, mehrere Milliarden US-Dollar entwendet und in den USA durch Immobiliengeschäfte gewaschen zu haben.
21.05.2019	Das UNO-Kinderhilfswerk UNICEF beklagt eine Zunahme von Angriffen auf Schulen im Donbas. In den ersten vier Monaten dieses Jahres habe es zwölf Attacken auf Schulen gegeben, so eine UNICEF-Sprecherin. Seit dem Beginn des Konflikts zwischen der ukrainischen Armee und pro-russischen Separatisten Anfang 2014 wurden nach UNO-Angaben mehr als 750 Bildungseinrichtungen auf beiden Seiten der Front beschädigt oder zerstört.
22.05.2019	Wolodymyr Selenskyj ernennt seinen Berater und Ex-Finanzminister Oleksandr Danyljuk zum Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates.
22.05.2019	Bei der Sondersitzung der Werchowna Rada kommt Selenskyjs Vorschlag zur Reform des Wahlgesetzes nicht auf die Tagesordnung. Damit werden die vorgezogenen Parlamentswahlen im Juli nach dem alten Wahlgesetz stattfinden, das laut Kritikern Stimmenkauf fördert.
22.05.2019	In der Nähe von Nowotroitske, etwa 30 Kilometer südwestlich von Donezk, werden acht ukrainische Soldaten von pro-russischen Separatisten gefangengenommen. Laut der ukrainischen Armee hätten sich die Soldaten verfahren und seien irrtümlich in das Gebiet der »Volksrepublik Donezk« (DNR) eingedrungen. Die »Volksmiliz« der DNR spricht hingegen davon, eine ukrainische Sabotagemission vereitelt zu haben.
23.05.2019	Einer gemeinsamen Umfrage des Social Monitoring Centers und des Jaremenko-Instituts für Soziale Studien nach würden aktuell vier Parteien die Fünf-Prozent-Hürde überspringen und den Einzug in die Werchowna Rada schaffen. Demnach kommt die Partei »Diener des Volkes« von Wolodymyr Selenskyj aktuell auf 29,5 Prozent der Stimmen, die »Oppositionsplattform – Für das Leben« mit Spitzenkandidat Jurij Boiko auf 8,3 Prozent, der »Block Petro Poroschenko« auf 7,3 Prozent und Julija Tymoschenkos »Vaterland« auf 7,1 Prozent.
23.05.2019	Der ukrainische Journalist Ruslan Kotsaba verzichtet auf die Auszeichnung mit dem Aachener Friedenspreis 2019. Kotsaba war der Preis Anfang Mai wegen seiner Berichterstattung über den Konflikt in der Ostukraine zuerkannt worden. Nachdem ein Video mit antisemitischen Äußerungen Kotsabas auftauchte, entschied die Jury sich für eine Rücknahme der Ehrung.
24.05.2019	Die Ukrainische Nationalbank geht gegen die Entscheidung des Kiewer Bezirksverwaltungsgerichts vom 18. April 2019 in Berufung, das die Verstaatlichung der »PrivatBank« für rechtswidrig erklärt hatte. Vor der Nationalisierung der Bank sollen die damaligen Eigentümer der Bank, Ihor Kolomojskyj und Hennadij Boholjubow, mehr als 5,5 Milliarden US-Dollar zu ihrem Gunsten veruntreut haben.
24.05.2019	Der Wahlkampf für die vorgezogenen Parlamentswahlen am 21. Juli 2019 beginnt offiziell.
24.05.2019	Wiktor Medwetschuk, Anführer der pro-russischen »Oppositionsplattform – Für das Leben«, gibt bekannt, dass er dem neuen ukrainischen Präsidenten nicht mehr als ukrainischer Vertreter in der Kontaktgruppe, die mit Russland Gespräche zur Friedenslösung im Donbas führt, zur Verfügung stehe. Als Grund für seine Entscheidung gibt Medwetschuk politische Differenzen mit Wolodymyr Selenskyj bezüglich der Konfliktlösung an.

24.05.2019	Die Europäische Investitionsbank stellt der Ukraine einen Kredit im Umfang von 200 Millionen Euro bereit, womit durch Kampfhandlungen zerstörte Infrastruktur in den regierungskontrollierten Teilen der Oblaste Donezk und Luhansk wiederhergestellt werden soll. Rund 300 Projekte, darunter der Wiederaufbau und die Reparatur von Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten und Wohngebäuden, sollen mit den Mitteln finanziert werden.
25.05.2019	Mit 19:1 Stimmen beschließt der Internationale Seegerichtshof in Hamburg, dass Russland die 24 ukrainischen Matrosen und drei Marineschiffe, die im November 2018 im Schwarzen Meer festgenommen wurden, freilassen muss. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj fordert Russland auf, die Seeleute als Zeichen der russischen Bereitschaft zur Konfliktlösung freizulassen. Russland weist das Urteil als nicht rechtsverbindlich zurück. Am 27. Mai verlängert ein Gericht in Moskau die Haft der ukrainischen Matrosen bis Ende Juli.
27.05.2019	Bei Massenunruhen in einem Gefängnis in Odessa verbarrikadieren sich mehr als 100 Gefängnisinsassen, um gegen die schlechten Haftbedingungen zu protestieren. Ein Insasse und zwei Wärter werden dabei verletzt; 15 Insassen gelingt die Flucht.
27.05.2019	Der Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko teilt mit, sein Amt nach den vorgezogenen Parlamentswahlen aufzugeben und in die Politik zu gehen.
27.05.2019	Wolodymyr Selenskyjs erste offizielle Reise als Präsident führt ihn in den Donbas. In Schtschastja und Stanysja Luhanska spricht er mit ukrainischen Soldaten über deren Lebensbedingungen und kündigt an, deren Versorgungssituation zu verbessern.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

